



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauenangelegenheiten
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 08.03.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauenangelegenheiten
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauenangelegenheiten
am Dienstag, 13. März 2012, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 301 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung 1

1. Genehmigung der Niederschrift vom 31.01.2012
2. **12-F-03-0044**

Frauenquote für Aufsichtsräte
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.03.2012

Deutschland hat erhebliche Defizite in Sachen Gleichstellung. Die fortdauernde Diskriminierung schadet der Wirtschaft und der Demokratie. Die Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft sind fest in Männerhand. Das gilt auch für die Aufsichtsräte, ein wichtiges Kontrollgremium, in dem Frauen kaum zu finden sind. Dass es auch anders geht sieht man in einigen unserer Nachbarländer:

In Norwegen müssen seit dem 1. Januar 2008 alle börsennotierten norwegischen Aktiengesellschaften 40 Prozent ihrer Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzt haben. Initiator des Gesetzes war der konservative Politiker Ansgar Gabrielsen, der damit die Stellung der Unternehmen verbessern wollte. Ihn motivierte schlicht der empirische Beweis, dass Firmen mit

Frauen in Führungspositionen wirtschaftlich erfolgreicher sind. 2006, als das Gesetz in Kraft trat, lag der Frauenanteil bei börsennotierten norwegischen Unternehmen bei nur 18 Prozent. Seit Dezember 2009 sind die Niederlande das weltweit erste Land, das konkrete Schritte für eine Frauenquote in Vorstand sowie Aufsichtsrat anstrebt. Demnach müssen Firmen mit mehr als 250 Mitarbeitern ab 2016 Vorstand und Aufsichtsrat zu mindestens 30 Prozent mit Frauen besetzen. Verfehlt ein Unternehmen die Zielvorgabe, soll es erklären, wie es künftig vorgehen will. Sanktionen drohen nicht.

Auch in Wiesbaden ist der Frauenanteil in einigen wichtigen Aufsichtsräten der städtischen Gesellschaften beschämend gering. Negativbeispiele sind: ESWE-Versorgung: 7 Mitglieder (inkl. Vorsitzender), 1 Frau, GeWeGe: 7 Mitglieder (inkl. Vorsitzender), keine Frau, WIM Liegenschaftsfonds: 8 Mitglieder (inkl. Vorsitzender), davon 2 Frauen, Bürgersolaranlagen GmbH: 1 Frau und 7 Männer (inkl. Vorsitzender). Dass es auch anders geht, sieht man beispielsweise an der Zusammensetzung des Theaterbeirats (allerdings kein Aufsichtsrat!). Hier sind 4 von 7 Mitgliedern Frauen. Diesen Weg müssen wir weiter gehen. Die Durchsetzung der Chancengleichheit für Frauen und Männer im Bereich der Stadtverwaltung ist ein Rahmenziel des Frauenförderplans und gilt auch für die städtischen Gesellschaften. Hierzu gehört, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine Frauenquote von 40 Prozent für die Aufsichtsräte der städtischen und stadtnahen Unternehmen festzulegen und einen Zeit- und Maßnahmenplan zur Erreichung dieser Quote vorzulegen.

3. 12-F-03-0043

Frauenförderung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.03.2012

Auch der Genderbericht Hessen 2011 bestätigt die traurige Tatsache, dass Frauen in den niedrigen Gehaltsklassen systematisch über- und in den hohen Gehaltsklassen unterrepräsentiert sind. Während etwa jeder dritte Mann mehr als 4.000 Euro im Monat verdient, erreichen diese Gehaltsklasse nur knapp 17 Prozent der Frauen. Der Anteil der Frauen im Niedriglohnssektor liegt bei rund 30 Prozent, während der Anteil bei den Männern nur rund 13 Prozent beträgt.

Dr. Frank Martin, Leiter der Regionaldirektion Hessen sieht „erheblichen arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf“.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- eine Analyse der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen in Wiesbaden zu erarbeiten (Amt für Wahlen und Statistik) und im Ausschuss vorzustellen.
- Darzulegen, welche Möglichkeiten er sieht, diesen Lohnungleichheiten auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken.
Insbesondere ist die Einführung einer Frauenquote für Führungspositionen zu prüfen. Die Maßnahmen sind in den nächsten Frauenförderplan aufzunehmen.

4. 12-F-08-0032

Erhalt der Einrichtung "Wohngemeinschaft für Mutter und Kind"
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 07.03.2012

In der vergangenen Sitzung des Frauenausschuss wurde über die finanziell prekäre Situation der Wohngemeinschaft für Mutter und Kind berichtet. Die Diakonie ist nicht in der Lage diese für Wiesbaden wichtige Einrichtung weiter wie bisher zu finanzieren.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Ausschuss für Frauenangelegenheiten bekennt sich zu der Einrichtung in der bestehenden Form. Eine Umwandlung in ein entgeltfinanziertes Projekt der Jugendhilfe wird aus fachlichen Gründen abgelehnt.
2. Der Magistrat wird gebeten umgehend eine vorübergehende finanzielle Lösung zur Sicherung der Einrichtung zu finden und die benötigten Mittel in Höhe des bestehenden Bedarfs im Doppelhaushalt 2012/2013 als institutionellen Zuschuss vorzusehen.

5. 12-F-08-0033

Neue Gebührensatzung für Kinderbetreuung zurücknehmen - Bürger_innenantrag
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 07.03.2012

Der Equal Pay Day findet jährlich in vielen Ländern statt. Er markiert den Zeitraum, den Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen. Das Datum errechnet sich nach der Formel: $52 \text{ Wochen pro Jahr} * 5 \text{ Arbeitstage/Woche} = 260 \text{ Arbeitstage / Jahr} * \text{statistisch ermittelter Entgeltunterschied in Prozent}$.

In Deutschland fand der Equal Pay Day im Jahr 2010 am 27. März statt, 2011 am 26. März und dieses Jahr am 23. März. Wenn es in diesem Tempo weitergeht ist der Gleichstand frühestens in 27 Jahren erreicht. Der Entgeltunterschied (gender pay gap) liegt in Deutschland seit Jahren konstant bei ca. 23 Prozent. Der europäische Durchschnitt beträgt 17 Prozent. Damit liegt Deutschland im hinteren europäischen Drittel, vergleichbar mit Ländern wie Litauen. Das Ziel der Bundesregierung lautet: Entgeltlücke 10% in 2020.

Laut OECD ist ein wichtiger Grund für die berufliche Benachteiligung von Frauen in Deutschland ein Mangel bei der Kinderbetreuung und der damit verbundene Zwang zur Teilzeitarbeit. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Frauen nicht gegeben.

Der Ausschuss möge beschließen:

- Der Ausschuss stellt fest, dass
 - 1. in der beitragsfreien Betreuungszeit auch eine Halbtagsbeschäftigung nicht zu realisieren ist
 - 2. insbesondere alleinerziehende Mütter durch die Satzung stark benachteiligt werden
 - 3. die finanzielle Bevorzugung des Vormittags einen falschen Anreiz setzt, die tägliche Zeit der Kinder in der Kita zu verkürzen und damit die pädagogische Arbeit der Kinderbetreuungseinrichtungen gefährdet wird
 - 4. ein veraltetes Familien- und Frauenbild transportiert wird, bei dem Frauen, wenn überhaupt, nur ein paar Stunden am Vormittag nicht Heim und Herd hüten.

- Der Ausschuss für Frauenangelegenheiten fordert die Stadtverordnetenversammlung aufgrund dieser Erkenntnisse anlässlich des Equal Pay Day auf, die Gebührensatzung für die Erhebung von Gebühren im Kinderbetreuungsbereich zurückzunehmen und die vorhergehende wieder in Kraft zu setzen, da die neue Satzung sowohl frauen- als auch familienfeindlich ist und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gewährleistet.

ANLAGE - Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit Nr. 0034 vom 07.03.2012

6. 12-F-08-0034

Geschlechtergerechte Sprache bei Stellenausschreibungen städtischer Gesellschaften
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 07.03.2012

Nicht alle städtischen Gesellschaften erfüllen die Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit bei ihren Stellenausschreibungen. So findet sich teilweise der Hinweis: " Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichten wir darauf, personenbezogene Substantive außer in der männlichen immer auch in der weiblichen Form zu verwenden. Mit der männlichen Wortform sind stets beide Geschlechter gemeint."

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,
auf die städtischen Gesellschaften hinzuwirken, dass diese die Kriterien des Gender Mainstreaming in ihren Stellenausschreibungen und medialer Stellenbewerbung beherzigen und umsetzen.

Dazu kann die Broschüre "Du Tarzan, ich Jane? Anleitung für eine geschlechtergerechte Mediengestaltung" als Hilfestellung zur Verfügung gestellt werden.

7. 11-F-36-0002

Gender Budgeting (GB)
Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheiten Nr. 0006 vom 31.01.2012

ANLAGE

8. 12-F-06-0001

Änderungen im Bereich der Tagespflege und ALG II
Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheiten Nr. 0003 vom 31.01.2012

ANLAGE

8.1 11-F-08-0070

Änderungen im Bereich Kindertagespflege und SGB II
Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit Nr. 0041 vom 07.03.2012

ANLAGE

9. 11-F-03-0032

Wanderausstellung „Die Hälfte des Himmels - 99 Frauen und Du“
Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheiten Nr. 0025, Ziffer 4 vom 23.08.2011
mündlicher Sachstandsbericht

10. Verschiedenes

Tagesordnung 2

1. 11-F-08-0062

Schwangerschaftskonfliktberatung
Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheiten Nr. 0061 vom 06.12.2011

ANLAGE - schriftlicher Bericht des Magistrats

2. 11-F-03-0047

Präventionsprojekt „Selbstbewusst - Sicher - Stark“
Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheiten Nr. 0022 vom 23.08.2011

ANLAGE - schriftlicher Bericht des Magistrats

3. 11-F-03-0075

Frauengesundheit
Beschluss des Ausschusses für Frauenangelegenheiten Nr. 0030 vom 27.09.2011

ANLAGE - schriftlicher Bericht des Magistrats

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schuchalter-Eicke
Vorsitzende